

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

A 0110/2018 (VWD)

Auftrag Fraktion SVP: Standesinitiative: Nicht noch mehr Arbeitslosengelder für Grenzgänger (04.09.2018)

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Standesinitiative vorzulegen, wonach auf Bundesebene die neuen EU-Regelungen bezüglich Arbeitslosenunterstützung für Grenzgänger in der Schweiz keine Anwendung finden sollen.

Begründung 04.09.2018: schriftlich.

Am 21. Juni 2018 haben die Arbeitsminister der EU-Staaten beschlossen, die Regeln für die Zahlung von Arbeitslosengeldern an Grenzgänger zu ändern. Die neuen Regeln müssen noch dem Europäischen Parlament zur Genehmigung vorgelegt werden, jedoch dürfte es sich hierbei um eine reine Formsache handeln.

Würden die neuen Regelungen auch hierzulande übernommen, käme das die Schweiz teuer zu stehen.

Wird heute einer der 320'000 in der Schweiz arbeitenden Grenzgänger arbeitslos, ist für ihn nicht die schweizerische Arbeitslosenversicherung (ALV) zuständig, sondern deren Pendant im jeweiligen Wohnsitzstaat. Die ALV richtet einzig während der ersten drei bis fünf Monate die Arbeitslosengelder an die Grenzgänger aus und zwar nach den Ansätzen des Wohnsitzstaates. Der Abgeltungsbetrag an die EU-Staaten belief sich im Jahr 2015 auf knapp 200 Mio. CHF (Antwort des Bundesrates auf die Ip. 16.3450).

Gemäss Schätzungen des SEM würde sich diese Summe mit der neuen Regelung um mehrere hundert Millionen Franken erhöhen.

Die Zahl der Grenzgänger nimmt seit Jahren stetig zu. Es darf also von einer Verschärfung des Problems ausgegangen werden. Auch wenn der Kanton Solothurn kein typischer Grenzgänger-Kanton ist, spüren auch wir den schweizweiten Trend, gerade im Schwarzbubenland. So hat sich die Zahl der Grenzgänger im Kanton Solothurn seit 2004 von 1'190 auf 2'334 beinahe verdoppelt (Quelle: BFS).

Laut Angaben des Bundesrates ist die Schweiz nicht verpflichtet, das neue Zahlungsregime zu übernehmen (Antwort auf Ip. 17.3033). Der Bundesrat soll daher dazu aufgefordert werden, dass er im Gemischten Ausschuss mit der EU klar kommuniziert, dass die Schweiz diese Änderungen nicht gewillt ist zu übernehmen.

Unterschriften: 1. Christian Werner, 2. Beat Künzli, 3. Christine Rütli, Richard Aschberger, Matthias Borner, Johannes Brons, Markus Dick, Jacqueline Ehram, Tobias Fischer, Josef Fluri, Walter Gurtner, Peter M. Linz, Hans Marti, Stephanie Ritschard, Rolf Sommer, Rémy Wyssmann (16)